

Hegemonie: Der Wandel US-amerikanischer Führung

Annika Bielefeld, Maximilian Thaler, Hannes Vieider und
Nicole Zambanini

Zusammenfassung

Der Beitrag befasst sich mit der Ordnungsform der Hegemonie, also der Vorrangstellung und Führung eines Staates in einem Staatensystem. Er konzentriert sich dabei auf die Hegemonie der Vereinigten Staaten von Amerika und geht der Frage nach, wie sich die hegemoniale Stellung der USA nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes gewandelt hat. Nach einer Beschäftigung mit dem Konzept der Hegemonie und einem Überblick über die Power Transition Theory von Kugler und Organski, die als theoretischer Rahmen der Analyse dient, geht der Beitrag zunächst auf die drei Mechanismen amerikanischer Hegemonie (Hard Power, Institutionen und Soft Power) nach 1945 ein. Danach untersucht er den Wandel dieser Mechanismen seit dem Ende des Ost-West Konfliktes.

Schlüsselwörter: Hegemonie; American Decline; Ordnung; Hierarchie; Power Transition

Einleitung

Die Hegemonie als Ordnungsform reicht in der Menschheitsgeschichte geraume Zeit zurück: Bereits im antiken Griechenland wurde im 5. Jahrhundert vor Christus zwischen *hegemonia* (= legitimierter Führung) und *arkhe* (= Kontrolle) unterschieden (Lebow und Kelly 2001, 593). Thukydides, einer der bedeutendsten Geschichtsschreiber der Antike, mit seinem Werk „Der Peloponnesische Krieg“, verwendete diese Unterscheidung, um das sich wandelnde Wesen des attischen Reiches während des Peloponnesischen Krieges zu beschreiben (Ebd.). Tatsächlich war Athen im Attischen Seebund über weite Strecken ein klassischer Hegemon nach dem modernen Verständnis (Menzel 2014, 1655). Im Laufe der Geschichte sollten weitere Nationen und Stadtstaaten – Portugal, die Niederlan-

de oder Großbritannien, um nur einige zu nennen – die Position eines Hegemons einnehmen und auch heute erweist sich die hegemoniale Ordnungsform als relevant, da sich die Vereinigten Staaten seit 1945 an der Spitze einer solchen Ordnung befinden. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die USA als Akteur mit den meisten Machtressourcen eine Führungsrolle im internationalen System wahrgenommen.

In letzter Zeit – insbesondere im Laufe des vergangenen Jahrzehnts – verstärkten sich die wissenschaftlichen Debatten um die Frage, ob und inwiefern die Hegemonie der Vereinigten Staaten im Niedergang begriffen ist. Hierbei haben sich zwei konkurrierende Argumentationsstränge herausgebildet: jener des *American Decline*¹ und jener des *Rise of the Rest*. Erstere besagt, dass die USA durch ihr Verhalten auf der Weltbühne selbst – seit geraumer Zeit, jüngst verstärkt durch ihre Abkehr von der Liberalen Internationalen Ordnung unter der Präsidentschaft von Donald Trump – zu einer absteigenden Hegemonialmacht geworden sind, die ihren Fall zu einem Großteil selbst zu verantworten hat (vgl. Ikenberry 1989; O’Keefe 2018; Nye 2019). Zweitens vertritt hingegen den Standpunkt, dass andere Staaten – vor allem China, aber auch Russland – die Vereinigten Staaten immer stärker als hegemoniale Führungsmacht herausfordern, da sie mittlerweile über die nötigen Machtressourcen verfügen und diese Vorreiterposition für sich beanspruchen (vgl. Layne 2008; Hung 2015; Coletta 2016).

Vor dem Hintergrund dieser konkurrierenden Argumentationen ergibt sich das Erkenntnisinteresse dieses Beitrags. Er soll untersuchen, wie sich die US-Hegemonie nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes gewandelt hat. Im Rahmen dieses Kapitels wird argumentiert, dass die USA von anderen Akteuren in verschiedenen Bereichen herausgefordert wurden (und immer noch werden), und daher an Einfluss auf der internationalen Bühne verloren haben.

Im weiteren Verlauf des Beitrags wird wie folgt vorgegangen. Erstens wird definiert, was man unter dem Begriff einer hegemonialen Ordnung versteht, und die *Power Transition Theory* nach Kugler und Organski (1989) vorgestellt, die als theoretischer Rahmen für die Analyse dient. Zweitens wird auf *Hard Power*, *Institutionen* und *Soft Power* als die drei zentralen Mechanismen der amerikanischen Hegemonie während des Ost-West-Konfliktes eingegangen. Drittens wird

1 Siehe dazu den Beitrag von Vanessa Holer et al. in diesem Sammelband.

anhand dieser drei Mechanismen untersucht, wie sich die Hegemonie der USA nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes gewandelt hat. Abschließend fasst das Resümee die wesentlichen Erkenntnisse des Beitrags zusammen.

Theoretische Grundlagen

Wortursprung, Definitionen und zentrale Wesensmerkmale

Wie Menzel (2014, 1655) beschreibt, kommt Hegemonie vom griechischen Wort *hegemonia*, was so viel wie „anführen“ bedeutet – der Hegemon ist (1) der Wegweiser oder Führer; (2) der Anführer, Oberbefehlshaber und (3) der Fürst, Herr oder Statthalter. Hegemonie wird dabei in der zweiten Bedeutung des Begriffs als Führerschaft in einem Bündnis von selbständigen Staaten verstanden – bereits in der ursprünglichen Begrifflichkeit wurde eine militärische Form dieser Anführerschaft impliziert (Ebd.). Hegemonie setzt also die Akzeptanz des Anführers durch die Geführten voraus und beinhaltet damit auch ein Element der Freiwilligkeit, zwei Aspekte, auf die im Folgenden noch eingegangen wird. Wenn man sich jedoch diesen ursprünglichen Wortsinn ansieht – *anführen, Führer, Anführer* – ist im Wesentlichen der Kern des Konzeptes der Hegemonie dargelegt: es geht um Vorherrschaft in einem internationalen System und um eine Führungsleistung, die ein Staat in einem solchen System erbringt.

Passend dazu meint Triepel (1938) in einem der ersten Werke im deutschen Sprachraum zu diesem Thema mit Hegemonie „führende Staaten“. Menzel (2010, 34) bezeichnet Hegemonialmächte später als „Führungsmächte in jeder Hinsicht“, eine Formulierung, an welche die jüngste bedeutsame Definition von Herfried Münkler nahtlos anknüpft: er definiert Hegemonie als „die Vorherrschaft einer Macht über formal Gleiche“ (Münkler 2019, 78) und führt diese kompakte Ausdeutung weiter aus: „[m]it einer Hegemonie haben wir es dann zu tun, wenn in einer Aggregation prinzipiell gleichartiger politischer Akteure einer die anderen an Macht und Stärke, Einfluss und Autorität überragt und diese herausragende Stellung nicht auf eine kurze Zeitspanne beschränkt bleibt, sondern auf längere Dauer angelegt ist“ (Münkler 2019, 78).

Ausgehend von dieser Definition lassen sich fünf Wesensmerkmale hegemonialer Ordnungen identifizieren. Erstens geht aus der Definition von Münkler hervor, dass eine Hegemonie stets von einem herausragenden Akteur geprägt wird, der die anderen an Macht und Stärke überragt – er verfügt also über mehr Machtressourcen materieller und immaterieller Natur als alle anderen Akteure in einem System. Um den Begriff *Macht*² genauer einzuordnen, erweist sich die Definition von Santa-Cruz (2019, 1) als äußerst hilfreich: „Basically, two broad understandings of power have been (more or less explicitly) advanced: one conceives of it as a property; the other one regards power as a social relation.“ Diese Unterscheidung betont die zweifache Ausprägung von Macht und – im weiteren Sinne – von an sie gebundenen Ressourcen, die materieller und immaterieller Natur sein können: unter ersteren versteht man klassische *Hard Power*-Faktoren wie Territorium, Bevölkerungsgröße, Wirtschaftsleistung, Ressourcenausstattung oder Streitkräfte, unter letzteren hingegen das Argument, dass dieser mächtige Staat auch eine gewisse Anziehungskraft ausübt. Joseph Nye hat diese Ausstrahlung einst als *Soft Power* bezeichnet (Nye 1990, 153).

Zweitens wird aus der Definition von Münkler ersichtlich, dass dieser herausragende Akteur eine Führungsleistung erbringt – er übt „Einfluss und Autorität“ aus (Münkler 2019, 78). Diese Führungsleistung bedeutet, dass ein Hegemon andere Akteure in ihrem Verhalten anleitet: auf direkte oder auf indirekte Art und Weise. Diese Unterscheidung ist erneut erwähnenswert, da mit ersterer Ausprägung der mächtigste Akteur direkt auf andere Staaten im System einwirkt. Mit zweiterer Form der Führung ist hingegen gemeint, dass der Hegemon die Struktur einer Ordnung beeinflusst, also den Kontext, in dem sich die Akteure bewegen. Dies kann zum Beispiel durch das Prägen von Institutionen – formeller oder informeller Natur – und das damit verbundene Auferlegen von Regeln geschehen, wie Ikenberry (2011a) argumentiert.

Drittens impliziert die Definition Münklers (2019, 78), dass wir es bei diesem führenden Akteur mit einem *primus inter pares*, einem Ersten unter Gleichen, zu tun haben: alle Akteure in einer hegemonialen Ordnung sind formal gleich. Dies bedeutet, dass es mit einer Hegemonie – mit der Ausnahme einiger weniger, zu-

2 Für eine weitere Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen von Macht sei an dieser Stelle auf das Kapitel von Leichter, Rode, und Shabani über Machtbalancen verwiesen.

mindest im idealtypischen Kontext vernachlässigbarer Extremfälle – nicht zur Aufhebung der inneren oder äußereren Souveränität anderer Staaten im System kommt (Menzel 2014, 1665). Abschließend spricht Münkler (2019, 78) über die Hegemonie als dauerhaftes Phänomen – eine herausragende Stellung, die „auf längere Dauer ausgelegt“ sei. Wichtig hierbei ist es, diese längerfristige Führungsleistung von Ad Hoc-Führung abzugrenzen: eine hegemoniale Ordnungsform ist nicht nur dauerhaft, sondern überspannt auch verschiedene Politikbereiche. Ein Hegemon wird sich also in mehreren Politikbereichen entsprechend als Führungsmacht etablieren, wie am Beispiel der amerikanischen Hegemonie ersichtlich wird.

Wenn man einen Schritt über diese Definition hinausgeht, so muss ein weiterer Aspekt einer hegemonialen Ordnung erwähnt werden, der die Stellung eines fünften Wesensmerkmals verdient: Menzel (2010, 35) argumentiert, dass Hegemonien im doppelten Sinne auf Freiwilligkeit beruhen. Zum einen liegt die Freiwilligkeit in der Entscheidung eines mächtigen Staates, die Rolle eines Hegemons wahrzunehmen, zum anderen in der Annahme dieser Führungsleistung durch andere Akteure. Ein Hegemon garantiert die internationale Ordnung nicht aus Selbstlosigkeit, sondern weil er selbst den größten Nutzen daraus zieht – als primäres Motiv dahinter dient die Aufhebung oder zumindest das Einhegen der Anarchie der Staatenwelt (Menzel 2014, 1657): die Konstellation der Anarchie fördert, unter anderem, Misstrauen über das Handeln anderer, was wiederum geringe Planungssicherheit und gegebenenfalls hohe Kosten für Staaten mit sich bringt. Aus diesem Grund sind mächtige Staaten – weil sie über die notwendigen Mittel verfügen – dazu bereit, die Anarchie der Staatenwelt aufzuheben und die Rolle eines Hegemons wahrzunehmen (Ebd., 1653). Verweigert ein solcher Staat hingegen seine Führungsrolle, avanciert er zum Hauptleidtragenden der Anarchie, die somit aufrecht bleibt (Ebd., 1671).

Wenn sich ein Hegemon dazu entscheidet, seine Führungsrolle wahrzunehmen, so muss er darum bemüht sein, die von ihm gewährleistete Ordnung aufrechtzuerhalten. Dies kann durch drei Herrschaftsmechanismen gelingen: erstens durch Zwang, wie etwa die Androhung von expliziter oder impliziter Gewalt, zweitens durch ein attraktives Gestalten der Ordnung für alle anderen Akteure, sodass sich diese an ihrem Eigeninteresse orientieren können und einen Nutzen daraus ziehen, und drittens – eng damit verbunden, jedoch eher auf die immaterielle Struktur bezugnehmend – durch das Generieren einer gemeinsamen Ord-

nungsidee, die es dem Hegemon erlaubt, glaubhaft zu machen, dass die Ordnung eine legitime ist, andere Akteure also dazu veranlasst, an ihre Rechtmäßigkeit zu glauben. Diese drei Mechanismen dienen auch als Antwort auf die Frage, warum alle übrigen Akteure die Führungsleistung eines Hegemons annehmen. Diese doppelte Freiwilligkeit dient gleichzeitig als Überleitung zur Abgrenzung der Hegemonie zu ähnlich hierarchisch angelegten Ordnungsformen.

Abgrenzung zu anderen Ordnungsformen

Sowohl Münkler (2005) als auch Menzel (2012) kritisieren zu Recht, dass Hegemonie, Imperium und auch Unipolarität – fälschlicherweise – nicht selten als Synonyme verwendet werden. Deshalb erscheint es als wichtig, die Ordnungsform der Hegemonie von jener der Unipolarität auf der einen und jener des Imperiums auf der anderen Seite abzugrenzen.

Anknüpfend an das fünfte Wesensmerkmal des vorherigen Kapitels sei zur Unterscheidung zwischen Hegemonie und Imperium zunächst gesagt, dass das Element der Freiwilligkeit, welches wir in einer hegemonialen Ordnung vorfinden, bei einer imperialen Ordnungsform durch Zwang ersetzt wird (Menzel 2014, 1655). Damit einhergehend hat man es bei Imperien mit einem mächtigen Akteur, mit einer imperialen Metropole, zu tun, die andere Akteure in ihrer inneren und äußeren Souveränität einschränkt oder diese gar aufhebt (Menzel 2012). Es existiert in einem Imperium kein System von formal Gleichen, in denen ein *Primus Inter Pares* das Verhalten anderer anleitet, sondern ein imperialer Kern, der weitestgehend Kontrolle über die imperiale Peripherie ausübt und diese dominiert.

Das Imperium Romanum (ca. 8. Jhr. v. Chr. – 7. Jhr. n. Chr.; vgl. Luttwak 1976; Nexon und Wright 2007, 262; Menzel 2014, 1954) oder das British Empire (ca. 17. – frühes 20. Jhr.; vgl. Lenman 2001) – als Imperium mit der weltgeschichtlich größten geographischen Ausdehnung, welches bis heute in vielen Bereichen nachwirkt und deshalb hohe weltpolitische Relevanz aufweist – dienen als historische Paradebeispiele für Imperien (Brunt 1965, 267), ebenso wie das Mongolische oder das Osmanische Reich (Menzel 2014, 1655).

Zur Abgrenzung zwischen Hegemonie und Unipolarität sei hingegen zulernerst erwähnt, dass es bei Letzterer zwar einen Akteur im System gibt, der mit

Abstand die meiste Macht im Sinne der oben angeführten Machtressourcen aufweist, dieser Unipol jedoch keine Ordnungsfunktion wahrnimmt, die internationale Ordnung also nicht gestaltet. Es existiert – im Gegensatz zu einer Hegemonie – in einer unipolaren Ordnung kein Akteur, der auf andere Akteure im Sinne einer Führungsleistung einwirkt oder ordnungsbildend tätig wird. Die USA in ihrem *unipolar moment* (vgl. Krauthammer 1990, 23; Wohlforth 1999, 5; Smith 2002, 171) zum Ende des Kalten Krieges kommen in den letzten Jahrhunderten einem Unipol wohl am nächsten (Finnemore 2009, 58). In einer hegemonialen Ordnung hingegen hat man sehr wohl einen übermächtigen Akteur, der diese Ordnung aktiv gestaltet und das Verhalten anderer Akteure anleitet. Abschließend sei hier jedoch anzumerken, dass der ordnungsgestaltende Akteur dies tut, ohne andere Akteure in ihrer Souveränität zu beschneiden, um wiederum die Abgrenzung zu einem Imperium aufrechtzuerhalten. Ein Hegemon etabliert sozusagen die Spielregeln internationaler Koexistenz.

Die Power Transition-Theory nach Jacek Kugler und Abramo F. K. Organski

Wenn man sich die verschiedenen theoretischen Perspektiven auf die Ordnungsform der Hegemonie in der bestehenden Literatur ansieht, so kann man im Wesentlichen zwischen drei Perspektiven unterscheiden: erstens jene aus den Bereichen der politischen Ökonomie und des (Struktur-)Realismus, die Hegemonie als Herrschaft durch die Bereitstellung öffentlicher Güter verstehen (vgl. u.a. Kindleberger 1973; Ebd. 1981; Gilpin 1975; Ebd. 1981; Menzel 2012; Ebd. 2014), zweitens jene des liberalen Institutionalismus, welche Hegemonie als Herrschaft durch Institutionen interpretiert (vgl. Ikenberry 2011b) und drittens jene des (neo)marxistisch-kritischen Zugangs, die Hegemonie als Herrschaft durch Ideologie auslegt (vgl. Nye 1990; Pass 2019; Laclau und Mouffe 2014). In den 1950er Jahren hat sich darüber hinaus ein vierter Theoriestrang herausgebildet, der Elemente aus den drei genannten Perspektiven in sich vereint, in der jüngeren Vergangenheit vor dem Hintergrund des Wandels der amerikanischen Hegemonie wieder deutlich mehr Aufmerksamkeit erfahren hat und aus diesem Grund im weiteren Verlauf dieses Kapitel genauer beleuchtet wird: die *Power Transition Theory* (PTT) nach Kugler und Organski (1989). Letzterer veröffentlichte die

Theorie im Jahre 1958 zum ersten Mal in seinem Werk *World Politics* (Organski 1958).

Die PTT ist ein dynamisches und strukturelles Modell zur Analyse der sich wandelnden globalen Machtstrukturen. Als Basis ihrer Theorie verweisen die Autoren auf drei wichtige Grundannahmen: zunächst wird davon ausgegangen, dass die internationale Sphäre – ganz ähnlich wie die innerstaatliche Sphäre – von einer hierarchischen Ordnung geprägt ist. Diese Ungleichheit an Einfluss und Macht erkennen die diversen Akteure des internationalen Systems an und akzeptieren diese meist auch. Die zweite Grundannahme bezieht sich auf den institutionalisierten Charakter des internationalen Systems. Konkret sei die Sphäre jenseits des Staates von Institutionen, also Regeln und Normen geprägt. Das Streben der einzelnen staatlichen Akteure nach *Netto-Gewinnen*, sprich absoluten Gewinnen im Hinblick auf die restlichen Akteure, bildet die dritte und letzte Grundannahme. Dieses Gewinnstreben macht das Verhalten im internationalen System kompetitiv. Kugler und Organski (1989) sprechen auf Basis dieser Faktoren von einer Schichtung innerhalb dieser Ordnung, welche auf zwei wichtige Variablen zurückzuführen sei, die im Zentrum der *Power Transition Theory* stehen: a.) Macht und b.) der Grad an Zufriedenheit mit der bestehenden Ordnung.

Beginnend mit der Variable *Macht* argumentieren Kugler und Organski (1989), dass die hierarchische Ordnung im internationalen System durch einen Hegemon, welcher auch als *Dominant Power* bezeichnet werden kann, angeführt wird. Diesem hegemonialen Akteur stehen, wie oben ausgeführt, die meisten Ressourcen zur Verfügung, die ihn als mächtigsten Akteur auszeichnen. Wenn im Rahmen der PTT von Ressourcen die Rede ist, fokussiert sich die Theorie im Grunde auf folgende: 1) die Bevölkerungszahl, 2) die Wirtschaftsleistung sowie 3) die Fähigkeit einer Regierung, sowohl Bevölkerungs- als auch Wirtschaftsleistung zu mobilisieren. Die Dominanz des hegemonialen Staates ist dabei zwar nie absolut, reicht aber aus, um eine hierarchische Ordnung zu erschaffen. Bei der Ausübung von Macht kann der Hegemon auf zwei Arten vorgehen: einerseits muss er in der Lage sein, die eigenen Interessen durchzusetzen, wenn nötig auch durch die Anwendung von Zwang – andererseits sollte er über eine gewisse Anziehungskraft und Attraktivität verfügen, welche dafür sorgt, dass die restlichen Akteure die bestehende Ordnung akzeptieren und anerkennen.

Diese Anziehungskraft bildet die Überleitung zur zweiten zentralen Variable der PTT, nämlich den Grad an Zufriedenheit mit der bestehenden Ordnung. Die Aufgabe des Hegemon besteht auch in der Erschaffung einer Ordnung, welche die Interessen der übrigen Akteure befriedigt – indem sie, zum Beispiel, Netto-Gewinne erzielen können – damit diese die bestehende Ordnung als legitim erachten. Nur wenn es der Hegemon schafft, bei anderen Akteuren einen gewissen Grad an Zufriedenheit zu erzielen, kann eine Ordnung langfristig stabil und friedlich bestehen.

Über die Messung des Grades an Zufriedenheit herrscht in der Forschung nach wie vor Uneinigkeit (Tammen, Kugler und Lemke 2017). Manche Forscher haben versucht, die Zufriedenheit eines Staates zu ermitteln, indem sie dessen Ähnlichkeiten zum Hegemon betrachteten. Je mehr Ähnlichkeiten es dabei gebe, desto höher sei die Zufriedenheit mit der bestehenden Ordnung und desto enger die Zusammenarbeit der beiden Staaten. Eine zweite Möglichkeit bestünde in der Betrachtung der Waffenlieferungen zwischen einem Staat und dem Hegemon. Besteht zwischen den beiden Staaten eine Kauf- bzw. Verkauf-Beziehung von Waffen oder Kriegsmaterial, könne wahrscheinlich davon ausgegangen werden, dass sich die Staaten nicht als potenzielle Angreifer betrachten (Ebd.).

Nachdem sich kein Konsens hinsichtlich der Messung von Zufriedenheit abzeichnet, scheint ein genauerer Blick auf die einzelnen Akteure innerhalb der hegemonialen Ordnung angebracht. An der Spitze der Hierarchie steht mit dem Hegemon die *dominant power*, der mächtigste Akteur. Da er die Ordnung nach seinen Vorstellungen gestalten kann, ist er in der Regel sehr zufrieden und hat kein Interesse an einer Veränderung derselben.

Eine Ebene darunter angesiedelt sind in der PTT Großmächte. Dabei handelt es sich um ressourcenreiche und mächtige Akteure, welche eventuell eine Herausforderung für den Hegemon darstellen könnten. Meistens profitieren diese Großmächte ebenfalls von der bestehenden Ordnung und sind daher relativ zufrieden mit ihr. Sollten eine oder mehrere Großmächte allerdings unzufrieden sein, könnten sie versuchen, etwas an der bestehenden Hierarchie zu verändern, und auch gegen den Hegemon vorgehen. Auf der untersten Ebene der Schichtung befinden sich die mittleren und kleinen Mächte. Diese Akteure verfügen über vergleichsweise wenig Ressourcen und Macht, weshalb ihnen – auch wenn

sie unzufrieden mit der bestehenden Ordnung sein sollten – normalerweise die Mittel fehlen, um für eine Veränderung sorgen zu können.

Nun stellt sich nach Kugler und Organski (1989, 173-175) die Frage, was denn passieren könnte, wenn eine Großmacht unzufrieden mit der bestehenden Ordnung ist – und wie eine solche Unzufriedenheit entstehen kann. Die Gründe hierfür seien vielfältig: beispielsweise könnte eine Großmacht, im Vergleich zum Hegemon, zu wenig Nutzen aus der Ordnung ziehen oder sich aufgrund von innenpolitischen Entwicklungen selbst dazu veranlasst sehen, zum Hegemon aufzusteigen und dementsprechende Ansprüche erheben. Der häufigste Auslöser für die Veränderung der bestehenden Machtstruktur seien unterschiedliche Wachstumsraten, vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft, da diese großes Potenzial für Konflikte liefern.

Viel interessanter ist jedoch die Frage, was aus dieser Unzufriedenheit resultiert. Hierbei kann es nämlich zu einer Veränderung des Status Quo kommen. Solche Veränderungen hätte es in der Geschichte schon häufiger gegeben, weshalb Kugler und Organski (1989, 193) auch von einem zyklischen Wandel sprechen. Wird ein Hegemon von einer aufstrebenden Großmacht herausgefordert und schlussendlich abgelöst, gibt es einen neuen Hegemon an der Spitze und ein neuer Hegemonie-Zyklus beginnt.

Ein solcher Zyklus kann aber auch durch einen sogenannten präventiven Krieg ausgelöst werden. In diesem Falle greift in der Regel der Hegemon einen aufstrebenden Staat an, um seine Vormachtstellung zu verteidigen. Der Grund für diesen Angriff liegt in der Befürchtung des Hegemons, dass der aufstrebende Staat in Zukunft gleich mächtig wie er selbst werden könnte und er dadurch in einem Krieg nur mehr schwierig zu besiegen wäre. Daher greift der Hegemon den aufstrebenden Staat „vorsorglich“ an, um dessen Machtzunahme zu verhindern. Aus geschichtlicher Perspektive gibt es mit dem Dreißigjährigen Krieg oder den beiden Weltkriegen mehrere Beispiele für solche präventiven Angriffe (Kugler und Organski 1989, 180).

Die Art und Weise, wie ein Wandel an der Spitze abläuft, hängt davon ab, ob die Ordnung als solche beibehalten wird oder nicht: wird die Ordnung an sich vom neuen Hegemon akzeptiert und aufrechterhalten, wird lediglich der Hegemon an der Spitze ausgetauscht – ein Wechsel, der tendenziell eher friedlich vonstatten geht. Möchte der aufsteigende Aspirant jedoch eine neue Ordnung

erschaffen, wird der absteigende Hegemon versuchen, dies zu verhindern, da sich dieser in einer neuen Ordnung wahrscheinlich nur schwer integrieren könnte. In diesem Falle wird der Wandel daher eher von Gewalt begleitet sein (Kugler, und Organski 1989, 180).

Momentan scheint es so, als würde China als aufstrebende Macht auf globaler Ebene versuchen, die USA als Hegemon abzulösen und damit für einen neuen Hegemonie-Zyklus zu sorgen. Tammen, Kugler und Lemke (2017) argumentieren, dass ein Krieg zwischen den beiden Staaten nicht ausgeschlossen werden könne und es daher bereits jetzt nötig wäre, die Voraussetzungen für eine friedliche Machtübernahme Chinas zu schaffen. Laut den Autoren bräuchte es dafür vor allem Bündnisse: da China sich möglicherweise mit Russland verbünden könnte, würde ein westliches Bündnis zwischen den USA und der EU – zusammen mit Indien und weiteren asiatischen Staaten – ein effektives Gegengewicht darstellen, wodurch ein Krieg verhindert werden könnte (Tammen, Kugler, und Lemke 2017). Manche Forscher gehen jedoch auf Basis der PTT noch einen Schritt weiter und argumentieren, dass eine *Power Transition* von den USA zu China bereits am Ende des 20. Jahrhunderts auf friedlichem Wege stattgefunden habe (Lebow und Valentino 2009).

Mechanismen der amerikanischen Hegemonie

Im zweiten Teil dieses Beitrags wird die amerikanische Hegemonie anhand der zuvor vorgestellten Power Transition Theory von Kugler und Organski analysiert. Die Analyse erfolgt in zwei Teilen: zuerst wird die Etablierung der USA als Hegemonialmacht im Zeitraum zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 und dem Ende des Kalten Krieges in den 1990er Jahren betrachtet. In einem zweiten Schritt wird der Wandel der US-amerikanischen Hegemonie nach dem Ende des Kalten Krieges ab den 90er Jahren bis zum heutigen Zeitpunkt erörtert. Die Analyse erfolgt in beiden Teilen in jeweils drei Bereichen, die für die Stellung eines Hegemons essenziell sind: *Hard Power*, *Institutionen* und *Soft Power*. *Hard Power* ist ein wesentlicher Aspekt, da laut Kugler und Organski ein Hegemon beziehungsweise die *Dominant Power* jener Akteur ist, der über die meisten Ressourcen verfügt. Darunter sind sowohl militärische als auch wirtschaftliche

Ressourcen zu verstehen. Einen weiteren bedeutenden Punkt stellen *Institutionen* dar, da laut der PTT ein Hegemon in der Lage ist, Institutionen zu bilden, um seine Macht zu festigen und sie für einen längeren Zeitraum beizubehalten. Schließlich existiert der Faktor der *Soft Power*, da ein Hegemon gemäß der PTT seine Macht auch durch Anziehungskraft und Attraktivität ausübt. Der Hegemon muss dafür sorgen, dass die anderen Akteure im internationalen System die vom Hegemon angeführte Ordnung akzeptieren und anerkennen. In diesem Sinne können die Vereinigten Staaten im Rahmen der Analyse nicht nur wegen der Kombination der Faktoren „Bevölkerungsgröße“ und „Wirtschaftsleistung“, sondern ebenso wegen der Schaffung und Lenkung von Institutionen sowie aufgrund ihrer Anziehungskraft als Dominant Power verstanden werden. In den folgenden Unterkapiteln wird dies näher erläutert.

Hard Power

Unter *Hard Power* versteht man die militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen eines Hegemons, „power as property“, wie Santa-Cruz (2019, 1) schreibt. 1945 besaßen die Vereinigten Staaten die Hälfte des Weltvermögens, befanden sich also in einer Position überragender Vormachtstellung: während andere Industrieländer nach dem Zweiten Weltkrieg verwüstet oder zerstört worden waren, besaßen die USA de facto die Kontrolle über die westliche Welt, über den Atlantischen und den Pazifischen Ozean sowie die meisten Meere (Chomsky und Vltchek 2014, 147).

Die USA als Militärmacht

Ein Grundpfeiler der amerikanischen Hegemonie ist die enorme militärische Macht der Vereinigten Staaten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gelangten die Vereinigten Staaten dank verschiedener Mittel in eine militärische Vormachtstellung. Nach dem Ende des Kalten Krieges stand laut dem amerikanischen Verteidigungsministerium fest, dass die Vereinigten Staaten mehr in ihre militärische Stärke investiert haben als praktisch alle anderen großen Militärmächte der Welt, zumeist Verbündete der USA, zusammen (Posen 2003, 7). Außerdem markierten

der Fall der Berliner Mauer, der Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Osteuropa sowie die Auflösung der Sowjetunion de facto die Festigung der US-Hegemonie in der internationalen Weltordnung, da der größte Widersacher der USA als Supermacht wegfiel: „The end of the Cold War left the United States as the only superpower in the world“ (Bin Li 2020, 57).

Posen (2003) definiert diese militärische Vormachtstellung als *Command of the Commons*: die Vereinigten Staaten hatten die Vorherrschaft über die See, das Land und die Luft. Dies hat es den USA ermöglicht, auch dort kurzfristig Krieg zu führen, wo sie kaum über eine ständige militärische Präsenz verfügen. Dies galt für den Golfkrieg 1991, die Intervention in Somalia 1993 und den Einsatz in Afghanistan 2001 (Ebd., 7). Den wichtigsten Bestandteil der US-amerikanischen Militärmacht bilden die nuklearen Angriffs-U-Boote (SSNs – Nuclear Attack Submarines), die durch die Möglichkeit zur Anti-U-Boot-Kriegsführung auf offenem Meer als Schlüssel zur Aufrechterhaltung der Kontrolle über die See dienen. Die modernen Atom-U-Boote sind für die meisten Staaten jedoch mit einer Milliarde US-Dollar pro Stück unerschwinglich. Darüber hinaus dominiert die U.S. Navy mit zwölf Flugzeugträgern – von denen neun nuklear angetrieben werden – auch die Oberfläche der Ozeane (Posen 2003, 11). Nicht außer Acht zu lassen sind ebenso die US-amerikanischen Navigations- und Kommunikationssatelliten. Diese bieten eine ständige Infrastruktur, um militärische Operationen weltweit durchzuführen. Nach Angaben der Luftstreitkräfte unterstützten beispielsweise mehr als fünfzig Satelliten die Land-, See- und Luftoperationen der US-geführten Invasion des Irak im März 2003 (Ebd., 12). Die Vereinigten Staaten haben sich zunehmend um moderne Luftaufklärungskapazitäten in Form von Flugzeugen und Drohnen bemüht, welche die Fähigkeit des Militärs verbessert haben, insbesondere Luftstreitkräfte gegen Bodentruppen einzusetzen. Die Fähigkeit zu Präzisionsangriffen mit großer Reichweite gibt den Vereinigten Staaten die Möglichkeit, ohne die Befürchtung von Gegenschlägen der Infrastruktur und den Streitkräften eines Gegners erheblichen Schaden zuzufügen (Ebd., 16).

Dank dieser militärischen Übermacht waren die USA in den Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Lage, sich in zahlreiche internationale Konflikte einzumischen, um ihren militärischen Einfluss zu erhalten beziehungsweise auszuweiten. Dazu gehörte beispielsweise der Iran-Putsch im Jahr 1953,

der von der CIA unterstützte Putsch in Guatemala 1954, jener gegen den brasilianischen Präsidenten Joao Goulart 1964 sowie der US-finanzierte Putsch in Chile 1973 (Gasiorowski 1987, 261). Zu guter Letzt hat die NATO den Vereinigten Staaten Zugang zu zusätzlichen, strategisch wertvollen Stützpunkten in Ost- und Südeuropa verschafft. Das Pentagon hat somit auch den Zugang des US-Militärs zu Schlüsselregionen verbessert. Nach dem Golfkrieg von 1991 bauten die Vereinigten Staaten ein Netz von Luftwaffenstützpunkten, Häfen und Kommando- und Kontrolleinrichtungen am gesamten Persischen Golf auf und ließen Truppen und Flugzeuge durch diese Stützpunkte zirkulieren. Diese Stützpunkt-Struktur ermöglichte es den Vereinigten Staaten beispielsweise, die militärische Invasion im Irak 2003 erfolgreich durchzuführen, obwohl sich die Türkei, ein langjähriger NATO-Verbündeter, weigerte, die Nutzung seines Hoheitsgebiets zu gestatten.

Nach dem 11. September 2001 hat das US-Militär eine Reihe weiterer Schritte unternommen, um in der Lage zu sein, Streitkräfte über große Entfernungen entsenden zu können und verhandelte über den Zugang zu ehemaligen sowjetischen Luftwaffenstützpunkten in geostrategisch günstigen Staaten wie Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan (Posen 2003, 17). Zusammenfassend kann man feststellen, dass die USA nach dem Zweiten Weltkrieg ihren militärischen Einfluss – von Südamerika bis zum Nahen Osten – erfolgreich aufrechterhalten haben und als Hegemonialmacht in der Lage waren, ihre militärischen Interessen meist erfolgreich durchzusetzen.

Die USA als Wirtschaftsmacht – vom Isolationismus zum Kapitalismus

Im Jahr 1945 entsprach das amerikanische Bruttonssozialprodukt der Hälfte des weltweit erwirtschafteten Bruttonssozialprodukts – die Dominanz der USA wurde unmittelbar, gewissermaßen automatisch spürbar (Todd 2003, 29-30). Jedoch wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges klar, dass die USA nicht mehr zum Isolationismus zurückkehren konnten, da dies schwerwiegende Konsequenzen für ihre Wirtschaft bedeuten würde (Biermann 2000, 13). Dementsprechend strebten die Vereinigten Staaten nach einer friedlichen Welt, basierend auf Handel und einer offenen Weltwirtschaft. Man glaubte damit, ein „nicht diskriminierendes“ Handelssystem als Grundstein für einen stabilen Frieden erschaffen zu haben (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 258). Dieser Gedanke steht natür-

lich im Widerspruch zu den oben zitierten US-geführten Militärinterventionen, trifft jedoch sehr wohl auf die Definition von Hegemonie zu. Ein Hegemon ist nämlich, wie bereits definiert, ein *primus inter pares* – zwar stehen theoretisch alle Akteure als formal Gleiche auf derselben Ebene, jedoch sieht die Situation in der Praxis ein wenig anders aus: die USA haben nämlich eine internationale Ordnung geschaffen, um ihre Interessen durchzusetzen und ihren gehobenen Status beizubehalten. Dementsprechend sollten offene Märkte die wesentliche Grundlage für ein breiteres, multilaterales System bilden, welches auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit organisiert sein sollte (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 258). Darüber hinaus nutzten die USA die schwächeren Industriestaaten aus, um deren Produktionsüberschüsse auszubeuten und sie zu Anwendungsfeldern des US-amerikanischen Gesellschaftsmodells zu machen (Biermann 2000, 14).

Die Vereinigten Staaten galten damals als der einzige Staat der Welt, der über umfassende Kapitalreserven für den Nachkriegs-Wiederaufbau verfügte. Sie setzten dieses Kapital für die Gestaltung wirtschaftlicher Strukturen ein, um ihre hegemonialen Wirtschaftsinteressen zu verfolgen. Dementsprechend wurde nicht nur der Export US-amerikanischer Waren gefördert, sondern auch das US-amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem mit den drei Hauptmerkmalen *Demokratie*, *Kapitalismus* und *Stabilität* (Biermann 2000, 27-29). Zusammenfassend beruhte die amerikanische Strategie für die breitere internationale Nachkriegsordnung auf der Öffnung und Erweiterung der Weltmärkte, wie wir im folgenden Kapitel über das Bretton-Woods-System im Detail sehen werden (Grieco, Ikenberry, und Mastanduno 2019, 260). Die USA haben somit nicht nur eine Ordnung geschaffen, die es ihnen ermöglicht, ihre Interessen durchzusetzen, sondern haben diese Ordnung mit den freien Märkten auch für alle anderen Akteure attraktiv gemacht, was eine wichtige Aufgabe eines Hegemons darstellt.

Institutionen

Nach Kugler und Organskis (1989) Grundannahmen ist das internationale System von einer hierarchischen Ordnung geprägt und besitzt einen institutionalisierten Charakter. Die Sphäre jenseits des Staates ist folglich von Institutionen mit Regeln und Normen geprägt. Tatsächlich formten die USA seit dem

Ende des Zweiten Weltkriegs einen Großteil des internationalen Systems anhand hierarchischer Strukturen und etablierten verschiedene Institutionen, um diese Strukturen zu formalisieren und ihre hegemoniale Vormachtstellung zu festigen. Mit der Implementierung solcher Institutionen wird jedoch gleichzeitig die Fähigkeit sowie die Freiheit des führenden Staates eingeschränkt, Dominanz auszuüben. Der Grund, dies hinzunehmen, ist derselbe, der schwächeren Staaten dazu veranlasst, sich in das hierarchische Geflecht eines potenziellen Hegemons involvieren zu lassen (Ikenberry 1996, 45)³.

Cox (1981, 137) beschreibt die enge Verbindung zwischen Institutionalismus und Hegemonie: in einer institutionalisierten Umgebung erachten schwächeren Staaten die vorherrschenden Machtverhältnisse als legitim und sind sich des Nutzens institutionalisierter Sicherheiten bewusst, während die führende Macht Zugeständnisse erbringt, um die Zustimmung beziehungsweise Duldung durch die schwächeren Staaten aufrechtzuerhalten. Paradoxalement hat ein hegemonialer Staat, der nach Erhaltung seiner Macht strebt, demnach Anreize, eben jene Macht zu beschränken und sie hinnehmbar für andere Staaten zu machen (Ikenberry 1996, 45). Für die Kooperation und Zustimmung anderer Staaten mussten die USA strategische Zurückhaltung ausüben, um schwächeren Staaten (glaublich) zu versichern, dass sie weder dominiert noch im Stich gelassen werden würden. Internationale Institutionen nützen nicht lediglich den Staaten, indem sie Transaktionskosten reduzieren und kollektive Problemlösungen ermöglichen, sondern sie dienen außerdem dazu, Staaten zu vorhersehbaren Handlungsmustern zu verleiten und schlussendlich die Langzeitauswirkungen von Machtasymmetrien zu mindern (Ebd., 46). Wie Robert Keohane (2005, 15) betont, sind internationale Institutionen schließlich auch relevant, da diese ökonomischen Unsicherheiten entgegenwirken.

Die westliche Nachkriegsordnung wurde von Europa und Japan akzeptiert, da sie zweifelsohne auf liberalen Prinzipien fußte und integrierende wie transparente Institutionen geschaffen wurden. Im Laufe der Jahre entwickelten die Institutionen einen verfassungähnlichen Charakter und die Verwurzelung der Strukturen in den Gesellschaften unterstützen zusätzlich deren Langlebigkeit (Ikenberry 1996, 46; Ebd., 67).

3 Siehe hierzu auch den Beitrag von Vanessa Holer et al. zu Liberalen Internationalen Ordnung.

Auf der Ebene der internationalen militärischen Zusammenarbeit wurde im April 1949 die North Atlantic Treaty Organization (NATO) mit dem Ziel gegründet, die politischen und militärischen Schlüsselmächte des Westens in einen gegenseitigen Verteidigungspakt einzubinden.

Im Bereich der Wirtschaft wurde, vor dem Hintergrund der Erinnerungen an die Große Depression und noch während des Zweiten Weltkriegs, das Bretton-Woods-System als Rahmenwerk für die wirtschaftliche Kooperation zwischen Staaten geschaffen (Nye 2019, 71). Die Hauptelemente des Bretton-Woods-Systems bestanden in der Einführung eines stabilen Wechselkurses sowie der Etablierung von Freihandelsregimen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (Bieling 2007, 84-85). Aufgrund der Abkoppelung des Dollars vom Goldstandard wurde das Bretton-Woods-System im Jahr 1973 aufgegeben und das System fixer Wechselkurse durch flexible Wechselkurse ersetzt (Ebd., 95). Im Anschluss daran wurde vom IWF und der Weltbank eine durch Strukturanpassungsprogramme geförderte, amerikanisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik betrieben. Der IWF entwickelte sich zu einer wirtschaftlichen Entwicklungshilfeagentur, die einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf weniger entwickelte Staaten hatte (Gilpin und Gilpin 2001, 316).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Implementierung einer Institution zur Lenkung der Wirtschaft ergriffen die USA sowie weitere Staaten die Gelegenheit, als Nachfolger des Völkerbundes eine neue internationale Ordnung mit der Sicherheit als zentrales Element zu errichten. Es wurde danach gestrebt, die Rolle von Regeln und Institutionen zu nutzen, um eine Basis für anhaltenden Frieden zu schaffen. Die globale Institution der Vereinten Nationen zielte darauf ab, ein offenes System zu etablieren, dessen Hauptpfeiler kollektive Sicherheit und friedliche Konfliktbeilegung bilden (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 191). Viele der politischen Werte und Vorstellungen der internationalen Ordnung, welche die USA anstrebten, wurden in der UN-Charta festgehalten und somit formalisiert. Die teils mangelhafte Einhaltung der Verpflichtung wird an anderer Stelle diskutiert. Neben der Sicherung von Frieden und einer Art kollektiven Führung der Welt mithilfe des Sicherheitsrates diente die UNO den USA auch zur Durchsetzung eigener Interessen. Diese bestanden zum einen in der Wahrung der eigenen Position durch Mitbeteiligung anderer Großmächte, die aufgrund dessen nicht versuchten, selbst eine Vormachtstellung zu erlangen

und das bestehende System umzuwerfen. Zum anderen zielen die USA auf eine Festigung und Formalisierung der von ihnen angestrebten internationalen Ordnung mit ihnen als Hegemon an der Spitze an.

Soft Power: Anziehungskraft, Attraktivität und Anerkennung eines Hegemons

Die Hegemonie der USA wird oft mit der reinen Vormachtstellung in Machtstrukturen, in welchen sie Führungsleistung erbringt und Regeln implementiert, in Verbindung gebracht. Dennoch gilt es zu beachten, dass laut Kugler und Organski (1989), wie zuvor erläutert, die Anziehungskraft und Attraktivität eines Hegemons, die beide durch Ideologie und Verhalten bedingt werden und zur Anerkennung und Akzeptanz der Ordnung durch andere Staaten führen, ebenso von Bedeutung sind. Die USA übernahmen im internationalen Staatensystem eine kulturelle, intellektuelle und moralische Führungsrolle, im Rahmen welcher bestimmte Verhaltensgrundsätze festgelegt und weithin akzeptiert wurden (Maya-Ambia 2004, 628).

Um den Begriff der Soft Power besser einzuordnen, wird eine Definition von Joseph Nye herangezogen. Er beschreibt Soft Power als die „Fähigkeit, zu bekommen, was man möchte, mit dem Mittel der Anziehungskraft anstatt von Zwang oder Bezahlung“ (Nye 2004, 256). Weiterhin stellt er fest, dass man weniger Investitionen benötigt, um andere in die eigene Richtung zu bewegen, wenn man andere Parteien davon überzeugt, das gleiche zu wollen wie man selbst. Nye (Ebd.) schlussfolgert, dass Hard Power, also die Fähigkeit zum Zwang, aus den militärischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten eines Staates erwächst, während Soft Power von der Anziehungskraft der Kultur, den politischen Idealen sowie der Politik eines Staates herrührt.

Nye (2004) konzentriert sich auf den kulturellen Teil und betont, dass die amerikanische Kultur eine weitere, relativ kostengünstige und nützliche Soft-Power-Ressource ist. Dennoch sind laut Nye bestimmte Aspekte der amerikanischen Kultur für andere Menschen unattraktiv und es besteht immer die Gefahr der Voreingenommenheit bei der Bewertung kultureller Machtquellen. Nichtsdestotrotz gilt die amerikanische Populärkultur, verkörpert durch Produkte und

Kommunikationsmittel, weithin als attraktiv. Einige von Nye angeführte – und auffallende – Beispiele der amerikanischen Soft Power aus dem Kalten Krieg sind die folgenden: junge Japaner, die noch nie in den Vereinigten Staaten waren, trugen Sportjacken mit den Namen amerikanischer Colleges; im nicaraguanischen Fernsehen wurden amerikanische Sendungen ausgestrahlt, selbst als die Regierung die von den Amerikanern unterstützten Guerillas bekämpfte; in ähnlicher Weise trugen sowjetische Teenager Blue Jeans und chinesische Studenten verwendeten während der Aufstände von 1989 ein der Freiheitsstatue nachempfundenes Symbol (Nye 1990, 168-169).

Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten nach früheren Studien der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) etwa siebenmal so viele Fernsehsendungen exportiert wie der nächstgrößere Exporteur (Großbritannien) und verfügen über das einzige globale Netz für den Filmvertrieb. Obwohl amerikanische Filme nur 6-7% aller produzierten Filme ausmachen, nehmen sie etwa 50% der weltweiten Bildschirmzeit ein. Im Jahr 1981 waren die Vereinigten Staaten für 80% der weltweiten Datenübertragung und -verarbeitung verantwortlich. Die amerikanische Sprache ist zudem zur *lingua franca* der Weltwirtschaft geworden (Nye 1990, 169).

Nach Nyes Definition kann man dementsprechend feststellen, dass die USA einen Archetypus der „Soft Power“ darstellen, auch aufgrund der Tatsache, dass die meisten der wichtigsten Unternehmen und Produkte, die das Leben rund um den Globus beherrschen, wie beispielsweise Boeing, Google, Apple, Microsoft, MTV, Disney, McDonald's und Starbucks, in den USA beheimatet sind. In den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren schienen die Vereinigten Staaten auf dem Höhepunkt ihrer Soft Power zu sein. Die amerikanische Überlegenheit in der Informationstechnologie trieb die US-Wirtschaft an und brachte US-Unternehmen an die Spitze der Internet- und IT-Revolution. Amerikanische Musik, Filme und amerikanisches Fernsehen dominierten die lokalen Märkte in Staaten auf der gesamten Welt und die Beliebtheit der Vereinigten Staaten äußerte sich auch durch den sprunghaften Anstieg der legalen und illegalen Einwanderung, ebenso wie durch die Zahl der Anträge auf Arbeits-, Touristen- und Studienvisa (Gupta 2013, 49).

Darüber hinaus wurde zur Festigung der US-amerikanischen Hegemonie das Ziel einer „freien Welt“ ausgerufen, in deren Zentrum eine Art hierarchische he-

gemoniale Allianz stand, die sowohl westeuropäische Staaten und Japan als auch OECD-Länder und manche Dritte-Welt-Länder einschloss. Die gegenwärtige Weltordnung wird durch drei grundlegende, vonseiten der USA proklamierte, allgemeine Prinzipien gelenkt: *Frieden, Demokratie und freie Märkte*. Frieden gilt als die geeignete Grundlage für internationale Beziehungen, Demokratie als der beste Weg der politischen Organisation und freie Märkte als essenziell für den Wohlstand (Mandelbaum 2002, 62). Ein bedeutender Teil der amerikanischen Ideologie befasst sich außerdem mit dem Aspekt der (globalen) Sicherheit, die der Legitimation militärischer Handlungen dient und der amerikanischen Interventionspolitik eine moralische Basis verleiht (Lehmkuhl 2003, 36).

Darüber hinaus zeichnet sich die USA durch ein Selbstverständnis als „wohlwollender“ Hegemon, der eine Strategie des „selektiven Engagements“ fährt und eher eine bescheidenere Rolle einnimmt, aus. Inwiefern sich dieses Selbstbild der Vereinigten Staaten mit deren tatsächlichen Handlungen deckt, ist Gegenstand von Erörterungen an späterer Stelle.

Neben Ideologie wird die US-amerikanische Hegemonie ebenso vom Verhalten des Staates geprägt. Autoren wie Robert Keohane und Christian Reus-Smit heben hervor, dass die Funktion als sowohl *regelbestimmender* als auch *regelschaffender* und eine Führungsleistung erbringender Akteur in der Nachkriegszeit Washington zur Position des Hegemons verholfen hat (Reus-Smit 2004; Keohane 1984). Die Ausübung von Führungsleistung und die Schaffung von akzeptablen Regeln und Prinzipien führte zu einem höheren Grad an Zufriedenheit unter anderen relevanten Staaten, der gemäß der PTT essenziell für den Bestand einer Ordnung ist (Kugler und Organski 1989). Aufgrund ihres Verhaltens als unverzichtbare Ordnungsmacht ist das internationale System von einem hegemonialen Selbstverständnis der USA geprägt.

Wandel des internationalen Gefüges: American Decline oder Rise of the Rest?

Bereits seit mehreren Jahrzehnten existiert die Diskussion rund um das Auf und Ab der US-amerikanischen Hegemonie. Ab dem Moment der Etablierung der amerikanischen Hegemonie ließ sich vermuten, dass sich die USA an einem gewissen Punkt mit dem Abstieg aus dieser Position konfrontiert sehen werden. Wie Stephen Walt (2011, 6) bereits feststellte, gibt es für einen Staat, der sich am Gipfel der Macht befindet, keinen anderen Weg als den nach unten. Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und den Verwicklungen der USA in militärische Konflikte zu Beginn der 2000er-Jahre wurde ihre hegemoniale Übermacht in Frage gestellt (Wallerstein 2007, 50). Die USA entwickelten sich zunehmend zu einer Supermacht, deren Macht aufgrund schwindenden Respekts und fehlender Anerkennung eingeschränkt wurde. Diese neue Konstellation führte zum – wie Christian Reus-Smit (2004, 2) es nennt – zentralen Paradoxon unserer Zeit: die US-Supermacht war nicht in der Lage, das Ausmaß an Einfluss aufrechtzuerhalten, nach welchem sie strebte. In diesem Kapitel wird der Wandel der amerikanischen Hegemonie seit den 1990er-Jahren bis zum heutigen Zeitpunkt erneut nach den drei hegemonialen Mechanismen analysiert: *Hard Power, Institutionen* und *Soft Power*.

Schwächung der amerikanischen Hard Power?

Der US-Militarismus und die Rückkehr der Großmachtpolitik

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des Ost-West-Konflikts wurde zunächst angenommen, dass angesichts der Niederlage des größten Feindes der USA die Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten weniger auf militärische Machtmittel zurückgreifen würde. Doch bereits im Jahr 1990 fanden die USA mit dem Ersten Golfkrieg gegen den Irak eine neue militärische Herausforderung. Mit dem erfolgreichen Management des Konfliktes am Persischen Golf erreichten die USA zwei Ziele: einerseits nutzten sie die Chancen zur Durchsetzung vitaler amerikanischer Interessen, andererseits gelang es

ihnen auch, die noch aus den Zeiten des Kalten Krieges stammenden Doktrinen, Ressourcen und Instrumentarien zu verbreiten (Rose 1996, 231). In den folgenden Jahren fokussierte sich die US-amerikanische Außenpolitik weiter auf arabische Länder. Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 reagierten die Vereinigten Staaten mit der Invasion Afghanistans, dem Zufluchtsort des Al-Qaida-Führers Osama bin Laden, sowie mit einem Zweiten Golfkrieg, um Saddam Hussein im Irak zu entmachten. Jedoch erwies sich der Zweite Golfkrieg als weitaus umstrittener als der Erste. Viele Staaten, darunter zwei der engsten Verbündeten Amerikas, Frankreich und Deutschland, lehnten die zweite Intervention ab, da sie diese als gefährliche und einseitige Ausübung amerikanischer Militärmacht betrachteten. Außerdem ist es wichtig zu erwähnen, dass die USA im Afghanistankrieg über ein UNSC-Mandat verfügten, während für den Irakkrieg keines vorhanden war. Daraus folgte, dass die Vereinigten Staaten immer weniger als gütiger, globaler Führer und verstärkt als imperiale Macht wahrgenommen wurden (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 68).⁴

Abgesehen von den US-amerikanischen Interventionen ist das 21. Jahrhundert laut Grieco, Ikenberry und Mastanduno (2019, 67) von der Rückkehr der Großmachtpolitik in drei Hauptregionen geprägt: im Nahen Osten vom Iran, in Osteuropa von Russland sowie in Asien von China und Nordkorea. 2015 unterzeichneten mehrere Großmächte – darunter die USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich und Deutschland – das JCPOA-Abkommen mit dem Iran, in dem die Wirtschaftssanktionen im Austausch für eine Begrenzung des iranischen Atomwaffenprogramms aufgehoben wurden. Dies beendete vorübergehend die Bemühungen der USA, den Iran zu isolieren und bot eine stillschweigende Anerkennung seiner Rolle als regionale Macht. Die Stellung der Vereinigten Staaten im Nahen Osten wurde verkompliziert, da der Iran als Regionalmacht die Ereignisse im Irak, Libanon und Syrien beeinflusst. Ironischerweise wurde der Aufstieg Irans durch die Beseitigung⁵ zweier seiner regionalen Widersacher durch die USA erleichtert: das Taliban-Regime in Afghanistan und

4 Siehe dazu auch das nachfolgende Kapitel über die Ordnungsform des Imperiums von Lukas Mark und Ivan Vinatzer.

5 Im Falle des Taliban in Afghanistan muss aufgrund der rezenten Ereignisse rund um den U.S. Rückzug aus Afghanistan realistischerweise statt von „Beseitigung“ von einer (vorübergehenden) Schwächung gesprochen werden (Zurcher 2021).

das Regime von Saddam Hussein im Irak. In diesem Sinne erwies sich die US-amerikanische Strategie im Nahen Osten als kontraproduktiv (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 68).

Ein anderer Akteur, der in den letzten Jahren die militärische Hegemonie der USA herausfordert, ist die Russische Föderation. Russland unter Vladimir Putin hat versucht, seinen Einfluss in der internationalen Politik wiederherzustellen. Im Jahr 2008 intervenierte Russland militärisch im Nachbarstaat Georgien. Darauf hinaus marschierten bewaffnete russländische Einheiten im Jahr 2014 in der ukrainischen Halbinsel Krim ein und intervenierten auch in der Ost-Ukraine zur Unterstützung der pro-russischen Rebellen, die sich von der Kontrolle der ukrainischen Regierung lösen wollten. Die USA und die EU reagierten mit Wirtschaftssanktionen, um Russland für seine Übergriffe zu bestrafen, jedoch ohne Erfolg. Es wurde deutlich, dass Russland nicht bereit war, sich dem Westen unterzuordnen (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 68-69).

Zudem haben die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren mit zwei weiteren Akteuren zu tun, die militärisch expandieren: China und Nordkorea. Seit dem Ende des Kalten Krieges verfolgte China eine Strategie der schnellen Integration in die Weltwirtschaft, doch die Sicherheitsspannungen in Ostasien nahmen zu, woraufhin China seine Militärausgaben erhöhte und seinen regionalen Einfluss ausbaute. China machte seine territorialen Ansprüche im Südchinesischen Meer geltend und ging so weit, dort neue Inseln zu errichten und die Souveränität über den umliegenden See- und Luftraum zu beanspruchen. In ähnlicher Weise machte China seine Ansprüche im Ostchinesischen Meer geltend. Die USA reagierten mit einer Stärkung der Beziehungen zu traditionellen, regionalen Verbündeten wie Japan und Australien (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 69). Man kann in diesem Fall – ähnlich wie bei Russland – feststellen, dass die hegemoniale Macht der USA durch den Aufstieg dieser Akteure geschwächt wurde.

Die Spannungen in Ostasien nahmen weiter zu, als Nordkorea trotz internationaler Proteste und UN-Sanktionen ein atomares und ballistisches Raketenprogramm verfolgte. Ab 2018 befürchteten die USA, dass Nordkorea die Fähigkeit entwickeln könnte, das US-Festland mit einer nuklear bewaffneten ballistischen Rakete zu erreichen. Die USA drängten China, seinen nordkoreanischen Verbündeten unter Druck zu setzen, jedoch existieren Grenzen, wie weit China bereit ist, in diese Richtung zu gehen, da es die Instabilität eines möglichen nordkoreanischen

schen Regime-Zusammenbruchs mehr fürchtet als nordkoreanische Atomwaffen (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 69).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass rund 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges die Vereinigten Staaten einen bedeutenden militärischen Einfluss auf die Welt ausüben. Jedoch wird ihr internationaler Status zunehmend von anderen Akteuren in Frage gestellt, die ihre eigenen Interessen und Agenden verfolgen – darunter Russland in Europa, China und Nordkorea in Ostasien und der Iran im Nahen Osten. Regionale Akteure sind wieder aufgetaucht und das große Spiel der internationalen Politik ist nach einer kurzen Pause wieder aufgenommen worden. Wie Todd (2003, 241) erklärte: „Der demonstrative Militarismus Amerikas, der dazu dienen soll, die militärtechnische Unterlegenheit aller anderen Akteure weltweit vorzuführen, hat schließlich die anderen Großmächte der Erde beunruhigt, und sie zur Annäherung veranlasst: Europa, China und Russland.“

Erneut erwies sich die amerikanische Taktik als kontraproduktiv. In Anlehnung an die PTT können folgende Überlegungen angestellt werden. Einerseits kann die „Aufmüpfigkeit“ Irans und Nordkoreas als Indikator dafür verstanden werden, dass der internationale machtpolitische Einfluss der Hegemonialmacht USA insgesamt schwindet, andererseits kann dies als Nachweis aufgefasst werden, dass auch Mittelmächte Unzufriedenheit über ihre Position in der internationalen Ordnung ausdrücken und daher nach höheren Positionen streben können.

Globalisierung und der Aufstieg Chinas und der EU

Die Dominanz liberaler wirtschaftlicher Prinzipien im politisch und militärisch von den Vereinigten Staaten kontrollierten Teil des Globus veränderte bekanntermaßen die ganze Welt. Diesen Prozess beschreibt Todd (2003, 30) als Globalisierung. Der Zusammenbruch des Kommunismus beschleunigte deren Verlauf außergewöhnlich stark. Am Anfang des 21. Jahrhunderts können die USA nicht mehr lediglich von ihrer eigenen Produktion leben. Die Lage hat sich dahingehend gewandelt, dass Amerika nicht mehr von der Welt gebraucht wird, sondern – umgekehrt – nicht mehr auf die Welt verzichten kann. Der US-amerikanische Wirtschaftsliberalismus bildete die Grundlage für das Entstehen neuer Wirtschaftsmächte – darunter vor allem die Europäische Union und die Volksrepublik China.

Die Länder Europas haben sich ab den 1950er-Jahren mit der Europäischen Union (EU) in dem ehrgeizigen Bemühen engagiert, sich friedlich zu einer politischen und wirtschaftlichen Union zusammenzuschließen, die ihre individuelle Souveränität in hohem Maße bündelt. Die EU hat sowohl ihre Beteiligung ausgeweitet als auch die Integration ihrer Mitglieder vertieft. Zur Zeit gehören ihr 27 Länder an – 19 davon haben ihre nationalen Währungen zugunsten einer gemeinsamen europäischen Währung, dem Euro, auf (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 67-68). Dies spielte eine wichtige Rolle, was die wirtschaftliche Macht der Vereinigten Staaten angeht: die Einführung des Euro errichtete de facto eine Zeitlang neue Schutzmechanismen zugunsten der europäischen gegenüber der US-Wirtschaft: Europas Exportgüter sind billiger geworden – Importe aus Amerika dagegen teurer (Todd 2003, 216).

Während sich in Europa ein neuer freier Markt entwickelte, wuchs in Asien die Wirtschaft Chinas stetig. Seit dem Ende des Kalten Krieges verfolgt China eine Strategie der schnellen Integration in die Weltwirtschaft, wobei die Firmen Chinas und des Westens sich stärker voneinander unabhängig gemacht haben (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 68). China versuchte, die Wirtschaftsbeziehungen in ganz Ost- und Zentralasien unter seiner Kontrolle zu organisieren. Man eröffnete 2016 die *Asiatische Infrastruktur-Investmentbank* (AIIB) als regionale Alternative zum IWF. Außerdem hat China eine regionale Handelsinitiative, die *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP), gefördert, welche die USA bewusst ausschließt, sowie die *Belt and Road Initiative* ins Leben gerufen, um chinesische Finanzmittel und Materialien für die Entwicklung der wirtschaftlichen Infrastruktur in ganz Eurasien einzusetzen (Ebd., 505). Dies sind alles Beispiele dafür, dass China wirtschaftliche Instrumente einsetzt, um seine wachsende Macht global zu erhalten, und damit die amerikanische ökonomische Hegemonie herausfordert.

Die liberalen Spielregeln, die von den USA festgelegt wurden, unterminieren ihre Vorherrschaft, indem sie fern von Nordamerika regionale Blöcke entstehen lassen: die EU wird fast zu einer selbständigen Macht und, aus der ökonomischen Perspektive gesehen, wird durch den Aufstieg Chinas als Wirtschaftsmacht deutlich, dass die USA nicht nur in Europa, sondern in ganz Eurasien immer stärker an den Rand geraten (Todd 2003, 227). Außerdem hat die Weltwirtschaftskrise von 2008 zu Spekulationen über die Zukunft des Dollars als Reservewährung

geführt. Laut Drezner und McNamara (2013, 155) sind Debatten über die richtige Rolle der Finanzwirtschaft in der Weltwirtschaft eng mit anhaltenden Fragen über die Vormachtstellung der USA und den potenziellen Aufstieg anderer Akteure im internationalen System verwoben.

Der institutionelle Wandel

Dieser Abschnitt befasst sich mit dem Wandel der Institutionen beziehungsweise dem Umgang der USA mit selbigen, vor allem den von ihnen geförderten nach 1990. Die USA entfernen sich zunehmend von eben jenen Institutionen – wie der UN und der WTO – die vorrangig ins Leben gerufen wurden, um die angestrebte Liberale Internationale Ordnung zu strukturieren und zu sichern, und deinstitutionalisierten auf diese Weise folglich auch ihre eigene Hegemonie (Cerny 2006, 81).

Die NATO als Symbol der US-amerikanischen Hegemonie

Die NATO wurde – wie bereits erwähnt – am Ende des Zweiten Weltkrieges als militärische Macht zur Verteidigung Europas gegen russische Truppen dargestellt (Chomsky und Vltchek 2014, 156). Folglich würde man davon ausgehen, dass sie nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Sowjetunion 1991 aufgelöst werden hätte sollen. Das ist jedoch nicht der Fall gewesen: sie wurde in den folgenden Jahren sogar nach Osten ausgeweitet. Heute ist die NATO eine US-geführte, global agierende Allianz, deren offizieller Auftrag unter anderem darin besteht, das internationale Energiesystem, Schifffahrtswege und Pipelines zu kontrollieren (Ebd., 156). Man kann also feststellen, dass die Vereinigten Staaten heute nach wie vor versuchen, durch die NATO ihren hegemonialen Status zu erhalten. Als konkretes Beispiel hierfür dient die NATO-Intervention im Balkankrieg: die USA drängten die Allianz dazu, militärisch zu intervenieren, um dort dem Konflikt ein Ende zu setzen, als deutlich wurde, dass das Ansehen der USA auf dem Spiel stand (Rose 1996, 231).

Die Vereinigten Staaten und die R2P-Doktrin

Die Vereinigten Staaten selbst haben die Entstehung internationaler Organisationen wie jene der UN gefördert, mit dem Ziel, eine Ära des dauerhaften Friedens zu schaffen. Jedoch wurde dieses Ziel nicht realisiert: die USA nutzten die von ihnen geschaffenen Institutionen wiederholt, um ihre militärischen und wirtschaftlichen Interesse zu verfolgen und ihren Status an der Spitze der internationalen Hierarchie zu behalten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: wann dürfen Staaten überhaupt Krieg führen?

Laut Artikel 2.4 der UN-Charta sollten alle Mitglieder in ihren internationalen Beziehungen die Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen. Wenn ein Staat oder eine Gruppe von Staaten glaubt, dass militärische Gewalt angewendet werden müsse – zum Beispiel als Antwort auf die Aggression anderer Staaten – müssen sie die Erlaubnis zur Anwendung von Gewalt vom UN-Sicherheitsrat einholen (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 159). Dies erfolgt typischerweise in Form einer Resolution, welche die Anwendung von Gewalt autorisiert. Der Golfkrieg von 1990/1991 liefert ein wichtiges Beispiel dafür, wie die legitime Anwendung von Gewalt unter der Aufsicht des UN-Sicherheitsrats funktioniert (Ebd., 160). Der anschließende Golfkrieg von 2003 zeigte jedoch, dass das UN-Rechtssystem nationale Entscheidungen zur Anwendung militärischer Gewalt nicht zuverlässig einschränkt. Die USA und Großbritannien begannen mit einer kleinen Koalition von Staaten ohne Mandat des Sicherheitsrats Mitte März 2003 einen Krieg gegen den Irak. Diese Aktion erwies sich als politisch umstritten und setzte die Vereinigten Staaten und Großbritannien erheblicher internationaler Kritik aus (Ebd., 161).

Um diese Intervention zu rechtfertigen, wurde eine neue Doktrin geschaffen: *Responsibility to Protect*, häufig als *R2P* abgekürzt. Sie besagt, dass andere Staaten im Falle massiver humanitärer Krisen die Pflicht haben, einzutreten, wenn die Regierungen gewisser Länder nicht in der Lage oder nicht willens sind, zu reagieren, um das Leid zu lindern. In den vergangenen Jahrzehnten wurde diese Doktrin regelmäßig in Resolutionen des UN-Sicherheitsrates herangezogen, wenn es um internationale Umstände ging, in denen Zivilisten gefährdet waren. Hier entsteht jedoch ein Problem: ab wann ist eine humanitäre Krise ernst genug, um eine Intervention zu rechtfertigen? Wer entscheidet, wann die R2P ausgeübt

wird? Von weniger mächtigen Staaten entstand die Besorgnis, dass Großmächte die R2P-Doktrin als Rechtfertigung benutzen könnten, um sich in die inneren Angelegenheiten der weniger Mächtigen einzumischen. Die Realität zeigt, dass diese Doktrin eher selektiv angewendet wird (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 166-169). Zum Beispiel intervenierte eine internationale Koalition unter der Führung der USA (zumindest zeitweise) in der humanitären Krise in Somalia 1993, nicht aber in der weitaus schwerwiegenderen Krise in Ruanda 1994. Zudem wurde ein Konsens erreicht, um auf den Aufstand in Libyen 2011 zu reagieren, aber es gab keinen Konsens, um während des Bürgerkriegs in Syrien zu intervenieren. Man kann demnach feststellen, dass die Umsetzung von R2P stark auf den Interessen beruht, welche die mächtigsten Staaten – wie die Vereinigten Staaten – verfolgen (Grieco, Ikenberry und Mastanduno 2019, 166-169).

Die USA und das Pariser Klimaabkommen: In or Out?

Die USA haben unter der Trump-Administration ihr Verhalten gegenüber Institutionen grundlegend geändert. Als geeignetes Beispiel hierfür gilt das Pariser Klimaabkommen, das erste universelle und rechtsverbindliche Abkommen zur Bekämpfung des Klimawandels, welches im Dezember 2015 angenommen wurde. Die USA haben sich im November 2020 formell aus selbigem zurückgezogen⁶ – eine Entscheidung, die von der internationalen politischen Gemeinschaft als ein Zeichen der Schwäche gewertet wurde, da die Vereinigten Staaten als einzige Nation ihre Hilfe zur Lösung eines globalen Problems verwehrten. Das weltweite Vertrauen in die USA geriet ins Wanken, was zu einer Schwächung der Hegemonialmacht führte (McGrath 2020).

Zudem hat sich Präsident Donald Trump während seiner Amtszeit sehr kritisch gegenüber der Weltgesundheits-Organisation (WHO) geäußert und auch gedroht, aus der Institution auszusteigen: Trump kritisierte wiederholt die Reaktion der WHO auf die Covid-19-Pandemie und warf ihr vor, „chinazentriert“ zu

6 Frühere Versuche, ein globales Abkommen über den Klimawandel zu schließen, waren an der Innenpolitik der USA gescheitert: so war die Clinton-Regierung nicht in der Lage, die Unterstützung des Senats für das 1997 vereinbarte Kyoto-Protokoll zu gewinnen (McGrath 2020).

sein, da sie zu Beginn des Ausbruchs von Reiseverboten nach und aus China abriet (Lovelace 2020). In diesem Falle kam es jedoch nicht zu einer weiteren Eskalation von Seiten der Vereinigten Staaten. Nach dem Machtwechsel in Washington im Jänner 2021 nahm die Situation des institutionellen Wandels unter US-Präsident Joe Biden eine erneute Wendung: bereits im Februar 2021 waren die Vereinigten Staaten wieder Teil des Pariser Abkommens (Blinken 2021). Somit lässt sich feststellen, dass die USA – trotz ihrer Tendenzen unter Trump – derzeit wieder eine traditionellere politische Linie fahren, die Institutionen gegenüber wohlgesonnener erscheint, da sie nun wieder jene nutzen, um ihren hegemonialen Status zu erhalten. Ob und inwiefern die rezente Vergangenheit Gräben hinterlassen hat, ist zum jetzigen Zeitpunkt aber noch unklar.

Zusammenfassend wird deutlich, dass die USA weiterhin die institutionellen Grundlagen, die sie nach dem Zweiten Weltkrieges gebildet haben, nutzen, um ihre Machtstellung im internationalen System aufrechtzuerhalten. Sie sind aber auch durchaus bereit – auch ohne völkerrechtliche Legitimation – militärisch zu intervenieren, wenn sie es als wichtig für das eigene nationale Interesse erachten (Rose 1996, 235).

Soft Power: Schwindende Anerkennung der amerikanischen Hegemonie?

Sowohl die zunehmend unilaterale Politik der USA während der 1980er-Jahre als auch die erheblichen Interessenunterschiede zwischen dem Hegemon, Europa und Japan, wie die Unterordnung von Dritte-Welt-Ländern unter den militärischen und wirtschaftlichen Druck des Westens, haben die globalen Beziehungen nachhaltig verändert. Zu den Faktoren, die den Abstieg der amerikanischen Hegemonie begünstigten, zählen auch die von den USA durch ihr Verhalten selbst verursachten Schäden an drei fundamentalen Werten. Die teilweise Untergrabung derjenigen Werte, auf welchen die amerikanische Hegemonie basiert – Frieden, Demokratie und freie Märkte – führte zu einer Delegitimation ihrer Stellung (Maya-Ambia 2004, 629). Aufgrund ihrer zahlreichen militärischen Interventionen, wenn auch teils unter dem Vorwand der Friedensbildung oder -erhaltung, lässt sich festhalten, dass die amerikanischen Regierungen bis zum jetzigen Zeitpunkt alles andere als friedliebend waren. Der ebenfalls unter die Rubrik der

Friedenssicherung fallende Kampf gegen den Terrorismus und das diesbezügliche Verhalten der USA, welches teilweise völkerrechtlich umstritten war und ist, hat Wallerstein (2002, 1) zufolge dem Ansehen als (wohlwollender) Hegemon weitere Risse zugefügt. Ebenso haben die USA bezüglich des zweiten Wertes, der Demokratie, ambivalente Positionen vertreten. Zwar hat der (oftmals militärische) Einsatz für die Demokratie in der amerikanischen Politik einen festen Platz eingenommen, während und nach dem Kalten Krieg wurde der Begriff jedoch eher eng gefasst und hinter nationale Interessen der USA zurückgestellt (Carothers 2003, 96). Die Sicherung und Verbreitung von Demokratie fungierten stets als strategisches Instrument, um politische Ziele im Interesse der USA zu verfolgen, weshalb das Prinzip an Legitimität verliert. Ein fundamentaler Aspekt von Demokratie innerhalb der internationalen Beziehungen ist die staatliche Souveränität, die wesentlich für die Bildung von internationalen Ordnungen ist. Die Institutionen, welche die USA zur Festigung ihrer Hegemonie ins Leben riefen, haben die teilnehmenden souveränen Staaten einer Vielzahl strikter Normen und Regeln unterworfen, welche wiederum die Macht von Staaten aushöhlen (Maya-Ambia 2004, 630).

Hinsichtlich des dritten Wertes, der freien Marktwirtschaft, bezeichnen sich die USA oft als eine Art Vorreiter, obwohl sie wiederholt die freien Handelsbeziehungen im Rahmen von Handelsabkommen und Freihandelszonen, welche durchaus Diskriminierung anstatt von freiem Handel schaffen können, einschränkten (Ebd., 631). Ein freier Markt ist daher ebenfalls lediglich ein instrumenteller Wert in den Diensten der politischen und wirtschaftlichen Interessen der USA. Darüber hinaus brechen die Vereinigten Staaten aus ihrer selbst proklamierten Rolle als „wohlwollender Hegemon“ aus, da amerikanische Regierungen wiederholt zu Semi-Isolationismus, Diskriminierung anderer Staaten und einer Abneigung gegenüber dem liberalen Internationalismus neigten (Rudolf 2016, 1). Die Bewahrung amerikanischer Handlungsfreiheit war seit jeher das höchste Ziel. Daher führte das Verhalten der USA, welches oftmals nur eine geringe Überschneidung mit ihrer Ideologie und der Rolle als liberaler Anführer hatte, zu weniger Anerkennung der hegemonialen Vormachtstellung. Das auf Ideologie, Verhalten und Ansehen bezogene Fundament der amerikanischen Hegemonie bröckelt zunehmend, weshalb die Wahrnehmung der Vereinigten Staaten als das internationale System anführender Hegemon schwindet.

Resümee

Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und den Verwicklungen der USA in militärische Konflikte wurde deren hegemoniale Rolle in Frage gestellt. Die Vereinigten Staaten entwickelten sich zunehmend zu einer Supermacht, deren Macht aufgrund schwindender Anerkennung eingeschränkt wird. Dies wirft auch aus theoretischer Perspektive einige interessante Fragen auf. Verliert ein Hegemon an Macht, muss dies nicht automatisch zu einer Veränderung der hegemonialen Hierarchie führen. Für eine solche Veränderung muss es laut Kugler und Organski (1989) eine Großmacht geben, welche den Status des bestehenden Hegemons herausfordert und eine Machtablösung anstrebt. Gerade befinden wir uns also in einem *Moment der Ordnungsbildung*, wobei zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer erkennbar ist, in welche Richtung diese Entwicklung schreiten wird. Wir können aktuell noch nicht von einem hegemonialen Wechsel sprechen. Es ist zwar – wie in der Analyse festgestellt – erwiesen, dass es derzeit mehrere Akteure auf der internationalen Bühne gibt, die die amerikanische Vormachtstellung auf verschiedenen Ebenen herausfordern. Jedoch profitieren die meisten Groß- und Mittelmächte nach wie vor von der US-geführten Weltordnung. Beispiele hierfür sind China und die EU, welche einen Nutzen aus der Globalisierung sowie aus den freien Märkten ziehen und in den letzten Jahrzehnten in wirtschaftlicher Hinsicht rasch gewachsen sind (Nye 2019, 74). Nichtsdestotrotz versuchen einige Mittelmächte, ihre jeweiligen Einflussphären zu erweitern und ihren Status in der internationalen Hierarchie zu verbessern. Andere Akteure, wie beispielsweise die EU, streben danach, ihre Wirtschaftsmacht zu stärken. Die Europäische Union schließt dazu bilaterale Abkommen mit Drittstaaten ab, aus denen die Vereinigten Staaten effektiv ausgeschlossen werden.

Diese neue Konstellation führt zum – wie Christian Reus-Smit (2004, 2) es nennt – zentralen Paradoxon unserer Zeit: Die USA als Hegemon büßten schrittweise die Fähigkeit ein, jenes Ausmaß an Einfluss aufrecht zu erhalten, nach welchem sie strebt. Dennoch bleiben Staaten wie China und Russland trotz ihrer Kampfansagen an die Hegemonie der USA und die Verbreitung der repräsentativen Demokratie bis dato fest im kapitalistischen Fahrwasser (O’Keefe 2018, 10). Für die kommenden Jahre stellt sich daher die Frage, ob der Status Quo mit den USA als Hegemon an der Spitze beibehalten, ob ein Führungswechsel innerhalb

der bestehenden Ordnung oder gar ein vollumfassender Ordnungswechsel stattfinden wird.

Todd (2003, 240) argumentiert, dass die Vereinigten Staaten zum Aufrecht erhalten ihres hegemonialen Status prinzipiell zwei Bedingungen hätten erfüllen müssen: erstens uneingeschränkte Macht über ihr europäisches und japanisches Protektorat zu erhalten und zweitens die strategische Macht Russlands endgültig zu zerschlagen. Jedoch konnte Europa ungehindert durch die Entstehung der Europäischen Union und des europäischen freien Marktes seinen Weg zu Einheit und Autonomie beschreiten. Weitgehend unbemerkt hat auch Japan seine Fähigkeit bewahrt, allein zu handeln, während China hingegen einen raschen Aufstieg als Wirtschaftsmacht vollzog. Zudem begann Russland, den Militarismus der USA zu konfrontieren und seinen eigenen militärischen Apparat zu modernisieren.

Abschließend kann man also feststellen, dass die USA nicht mehr in der Lage sind, den Aufstieg anderer Akteure der heutigen Welt einzuschränken: einerseits können sie mit China wirtschaftlich nicht mithalten und andererseits haben sie mit anderen Akteuren wie Russland, dem Iran und Nordkorea alle (militärischen) Hände voll. Auch aus institutioneller Sicht lässt sich ein Wandel feststellen, da die von den USA geschaffenen Institutionen oftmals ignoriert und neue Doktrinen geschaffen werden, die lediglich dazu dienen, die militärischen Interventionen der Vereinigten Staaten zu rechtfertigen. Dies wird jedoch von anderen Staaten des internationalen Systems negativ wahrgenommen. Möglicherweise findet derzeit eine Diffusion der US-Hegemonie statt. Das überlegene amerikanische Verhalten wird von anderen globalen Akteuren nicht mehr vorbehaltlos akzeptiert und die Fähigkeit der USA, die Welt zu ordnen, scheint zu schwinden.

Weiterführende Quellen

Die Power Transition-Theorie: Clarks Artikel nimmt die Annahme unter die Lupe, dass wir zur Zeit eine Ablöse der Hegemonien von jener der USA zu jener Chinas erleben. Der Artikel baut auf Martin Wights Beiträgen über Hegemonie⁷ auf und bringt eine fundamentale Differenzierung zwischen einer Power Transition und einer hegemonialen Sukzession in die Diskussion. Wights Argument, dass Einfluss nicht genau mit Masse und Gewicht korreliert, wird in der Auffassung Clarks von Hegemonie als Bezeichnung für eine legitime Praxis innerhalb der internationalen Gesellschaft entwickelt. Diese Ideen werden dann den aktuellen Debatten über einen Machtwechsel oder eine Abfolge von Hegemonien überlagert. In der bestehenden Literatur werden diese beiden Themen miteinander vermischt. Man könne zwar ohne weiteres anerkennen, dass es wichtige Indikatoren für eine Verschiebung der materiellen Machtverteilung gibt, dies aber noch keineswegs auf eine hegemoniale Nachfolge hinausläuft. Damit Letzteres eintritt, müsste es klare Beweise für eine effektive Sozialisierung der Ziele des aufstrebenden Hegemons und der Unterstützung für seine bevorzugte Ordnung geben. Bisher habe sich China jedoch weitgehend damit begnügt, innerhalb des bestehenden Rahmens zu operieren, anstatt eine Revision desselben anzustoßen. Clark, Ian. 2011. „China and the United States: a succession of hegemonies?“ *International Affairs*, 87 (1): 13-28.

Weltordnung und Hegemoniedebatte: In Menzels Werk geht es um die Weltordnung, welche eine der bedeutendsten Themen in der IB-Debatte darstellt. „Wer sorgt für Ordnung in der anarchischen Staatenwelt?“, so die zentrale Frage des Werkes. Laut Menzel ist der Weltstaat eine ferne Utopie: die freiwillige Zusammenarbeit von Staaten durch Verträge, in internationalen Organisationen und mittels Rechtsnormen stößt immer wieder an Grenzen, wenn wichtige Interessen auf dem Spiel stehen. Menzel führt eine vergleichende Analyse mehrerer Großmächte durch, formuliert eine Theorie der internationalen Ordnung und leistet so einen maßgeblichen Beitrag zur aktuellen Hegemonie- und Imperium-Debatte,

⁷ Siehe dazu auch Bull (1976) und Hall (2014).

die nach dem Ende des Kalten Krieges neuen Auftrieb erhalten hat. Zugleich gibt er einen Ausblick über die neue Konstellation zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die durch den globalen Ausscheidungskampf der absteigenden Hegemonialmacht USA und des neuen hegemonialen Herausforderers China geprägt ist.

Menzel, Ulrich. 2015. *Die Ordnung der Welt: Imperium oder Hegemonie in der Hierarchie der Staatenwelt*. Berlin: Suhrkamp.

US-Hegemonie im historischen Kontext: Der Artikel beleuchtet die innen- und außenpolitische Entwicklung der US-amerikanischen Hegemonie von Woodrow Wilson bis hin zu Donald Trump und befasst sich mit ihrem Auf- sowie Abstieg. Der Fokus liegt auf einer Gegenüberstellung von innenpolitischen und außenpolitischen Einflüssen auf den Zustand der hegemonialen Vormachtstellung. In diesem Werk werden die Liberalisten und Realisten des 20. Jahrhunderts betrachtet und anschließend die Entwicklung bis ins folgende Jahrhundert analysiert. Darüber hinaus wird das Konzept der Liberalen Internationalen Ordnung in den Kontext der Entwicklung der US-amerikanischen Hegemonie gesetzt und der Frage nachgegangen, ob China die Vereinigten Staaten in ihrer Rolle als Hegemon ablösen wird. Schließlich befasst sich der Autor mit der Frage, ob innenpolitische oder außenpolitische Faktoren eine größere Bedrohung für die USA darstellen.

Nye, Joseph S. 2019. „The Rise and Fall of American Hegemony from Wilson to Trump.“ *International Affairs* 95 (1): 63–80.

Literaturverzeichnis

Bieling, Hans-Jürgen. 2007. *Internationale Politische Ökonomie: Eine Einführung*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Biermann, Werner. 2000. *Die Herren der Welt. Die Weltpolitik der USA nach 1945*. Köln: PapyRossa Verlag GmbH.

Bin, Li. „The Revival of Nuclear Competition in an Altered Geopolitical Context: A Chinese Perspective.“ *Dædalus, the Journal of the American Academy of Arts & Sciences* 194 (2): 56–68. DOI: 10.1162/daed_a_01789.

Blinken, Anthony J. 2021. „The United States Officially Rejoins the Paris Agreement Press Statement.” *U.S. Department of State*, 19. Februar 2021. <https://www.state.gov/the-united-states-officially-rejoins-the-paris-agreement/>.

Brunt, Peter Astbury. 1965. „Reflections on British and Roman Imperialism.” *Comparative Studies in Society and History* 7 (3): 267–88.

Bull, Hedley. 1976. „Martin Wight and the theory of international relations: the second Martin Wight Memorial Lecture.” *Review of International Studies* 2 (2), 101-116. <https://www.jstor.org/stable/20096764>.

Carothers, Thomas. 2003. „Promoting Democracy and Fighting Terror.” *Foreign Affairs* 82 (1): 84–97. DOI: 10.2307/20033430.

Cerny, Philip G. 2006. „Dilemmas of Operationalizing Hegemony.“ In *Hegemony and Power: consensus and coercion in contemporary politics*, herausgegeben von Mark Haugaard und Howard H. Lentner, 67-87. Lanham, MD: Lexington Books.

Chomsky, Noam, und Andre Vltchek. 2014. *Der Terrorismus der westlichen Welt. Von Hiroshima bis zu den Drohnenkriegen. Ein Gespräch*. Übersetzt von Sven Wunderlich. 1. Auflage. Münster: UNRAST-Verlag.

Coletta, Damon V. 2016. *Courting Science: Securing the Foundation for a Second American Century*. Stanford Security Studies. 1. Auflage. Stanford, CA: Stanford University Press.

Cox, Robert W. 1981. „Social forces, states, and world orders: Beyond international relations theory.” *Millennium: Journal of International Studies* 10 (2): 126–55. DOI: 10.1177/03058298810100020501.

Drezner, Daniel W., und R. Kathleen McNamara. 2013. „International Political Economy, Global Financial Orders and the 2008 Financial Crisis.” *Perspectives on Politics* 11 (1): 155–66. <https://www.jstor.org/stable/43280694>.

Finnemore, Martha. 2009. „Legitimacy, Hypocrisy, and the Social Structure of Unipolarity: Why Being a Unipole Isn’t All It’s Cracked up to Be.” *World Politics* 61 (1): 58–85. DOI: 10.1017/S0043887109000082.

Gasiorowski, Mark J. 1987. „The 1953 Coup D’etat in Iran.” *International Journal of Middle East Studies* 19 (3): 261–286. <http://www.jstor.org/stable/163655>.

Gilpin, Robert. 1975. *U.S. Power and the Multinational Corporation: The Political Economy of Foreign Direct Investment*. New York, NY: Basic Books.

Gilpin, Robert. 1981. *War and Change in World Politics*. 1. Auflage. Cambridge: Cambridge University Press.

Gilpin, Robert, und Jean M. Gilpin. 2001. *Global Political Economy: Understanding the International Economic Order*. 1. Auflage. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Grieco Joseph, John Gilford Ikenberry, und Michael Mastanduno. 2019. *Introduction to International Relations: Perspectives, Connections, and Enduring Questions*. 2. Auflage. London: Red Globe Press.

Gupta, Amit Kumar. 2013. „Soft Power of the United States, China, and India: A Comparative Analysis.” *Indian Journal of Asian Affairs* 26 (1): 37–57. <https://www.jstor.org/stable/43550355>.

Hall, Ian. 2014. „Martin Wight, western values, and the Whig tradition of international thought.” *The International History Review* 36 (5): 961-81. DOI: 10.1080/07075332.2014.900815.

Hung, Ho-Fung. 2015. „The Future of Hegemony: Toward a New Global Order in the Time of the ‘Rise of the Rest’.” *Asian Studies* 1 (1): 39–67. DOI: 10.6551/AS.0101.03.

Ikenberry, Gilbert John. 1989. „Rethinking the Origins of American Hegemony.” *Political Science Quarterly* 104 (3): 375–400. DOI: 10.2307/2151270.

Ikenberry, Gilbert John. 1996. „Institutions, Strategic Restraint, and the Persistence of American Postwar Order.” *International Security* 23 (3): 43–78. DOI: 10.2307/2539338.

Ikenberry, Gilbert John. 2011a. *Liberal Leviathan: The Origins, Crisis, and Transformation of the American World Order*. Princeton, NJ: Princeton University Press. DOI: 10.1017/S0021875812001922.

Ikenberry, Gilbert John. 2011b. „The Liberal Sources of American Unipolarity.” In *International Relations Theory and the Consequences of Unipolarity*, herausgegeben von Gilbert John Ikenberry, Michael Mastanduno und William Curti Wohlforth, 216–51. Cambridge: Cambridge University Press.

Keohane, Robert. 1984. *After hegemony: Cooperation and discord in the world political economy*. 1. Auflage. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Kindleberger, Charles P. 1973. *The World in Depression, 1929–39*. 1. Auflage. Berkeley, CA: University of California Press.

Kindleberger, Charles P. 1981. „Dominance and Leadership in the International Economy: Exploitation, Public Goods, and Free Rides.” *International Studies Quarterly* 25 (2): 242–254. DOI: 10.2307/2600355.

Krasner, Stephen D., und Michael C. Webb. 1989. „Hegemonic Stability Theory: An Empirical Assessment.” *Review of International Studies* 15 (2): 183–98. Special Issue on the Balance of Power. <https://www.jstor.org/stable/20097178>.

Krauthammer, Charles. 1990. „The Unipolar Moment.” *Foreign Affairs* 70 (1): 23–33. <https://www.foreignaffairs.com/articles/1990-01-01/unipolar-moment>.

Kugler, Jacek, und Abramo F. K. Organski. 1989. „The Power Transition: A Retrospective and Prospective Evaluation.” In *Handbook of War Studies*, herausgegeben von Manus Midlarsky, 171–194. 1. Auflage. Boston, MA: Unwin Hyman.

Laclau, Ernesto, und Chantal Mouffe. 2014. *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*. Vol. 8 Radical Thinkers. 2. Auflage. London: Verso.

Layne, Christopher. 2008. „China’s Challenge to US Hegemony.” *Current History* 107 (605): 13–18. DOI: 10.1525/curh.2008.107.705.13.

Lebow, Richard Ned, und Robert Kelly. 2001. „Thucydides and Hegemony: Athens and the United States.” *Review of International Studies* 27 (4): 593–609. <https://www.jstor.org/stable/20097762>.

Lebow, Richard Ned, und Benjamin Valentino. 2009. „Lost in Transition: A Critical Analysis of Power Transition Theory.” *International Relations* 23 (3): 389–410. DOI: 10.1177/0047117809340481.

Lehmkuhl, Ursula. 2003. „Dimensionen nationaler Sicherheit in den USA: Konstanten und Neuerungen im amerikanischen Konzept.” *Die politische Meinung* 405: 35–41. https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_2281_1.pdf.

Lenman, Bruce. 2001. *Britain’s Colonial Wars 1688-1783*. Longman Technician Series: Modern wars in perspective. 1. Auflage. London: Pearson Longman.

Lovelace Jr., Berkeley. 2020. „Trump says the U.S. will cut ties with World Health Organization.” *CNBC*, 29. Mai 2020. <https://www.cnbc.com/2020/05/29/trump-says-the-us-will-cut-ties-with-world-health-organization.html>.

Luttwak, Edward N. 1976. *The Grand Strategy of the Roman Empire: From the First Century A.D. to the Third*. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.

Mandelbaum, Michael. 2002. „The Inadequacy of American Power.” *Foreign Affairs* 81 (5): 61–73. DOI: 10.2307/20033269.

Maya-Ambia, Carlos. 2004. „Globalisierung der Ökonomie, Polarisierung der Macht: Dilemmata der US-amerikanischen Hegemonie.” *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 34 (137): 621–34. DOI: 10.32387/prokla.v34i137.615.

McGrath, Matt. 2020. „Climate change: US formally withdraws from Paris agreement.” *BBC News*, 4. November 2020. <https://www.bbc.com/news/science-environment-54797743>.

Menzel, Ulrich. 2010. „Imperium oder Hegemonie? Folge 13: Die Hierarchie der Staatenwelt.” *Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften – Technische Universität Braunschweig* 95: 1–47. DOI: 10.24355/dbbs.084-201301311456-0.

Menzel, Ulrich. 2012. „Imperium oder Hegemonie? Die USA als hegemoniale Ordnungsmacht. Über Herfried Münklers ‘Imperien’.” *Kommune: Forum für Politik, Ökonomie, Kultur*, 23: 64–72.

Menzel, Ulrich. 2014. „Die Idealtypen von Imperium und Hegemonie.” In *Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche. Teil 2: Neuzeitliche Imperien, zeitgeschichtliche Imperien in Theorie, Geist, Wissenschaft, Recht und Architektur, Wahrnehmung und Vermittlung*, herausgegeben von Michael Gehler, und Robert Rollinger, 1645–75. Wiesbaden: Harrassowitz.

Münkler, Herfried. 2005. *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. 1. Auflage. Berlin: Rowohlt.

Münkler, Herfried. 2019. „Imperiale Ordnungen. Die Governance-Leistung von Imperien.” In *Imperien verstehen: Theorien, Typen, Transformationen*, herausgegeben von Eva Marlene Haustein und Sebastian Hunholz, 71–99. Baden-Baden: Nomos.

Nexon, Daniel H., und Thomas Wright. 2007. „What’s at Stake in the American Empire Debate.” *The American Political Science Review* 101 (2): 253–71. DOI: 10.1017/S0003055407070220.

Nye, Joseph S. 1990. „Soft Power.” *Foreign Policy* 80: 153–71. DOI: 10.2307/1148580.

Nye, Joseph S. 2004. „Soft Power and American Foreign Policy.” *Political Science Quarterly* 119 (2): 255–270. DOI: 10.2307/20202345.

Nye, Joseph S. 2019. „The Rise and Fall of American Hegemony from Wilson to Trump.” *International Affairs* 95 (1): 63–80. DOI: 10.1093/ia/iiy212.

O’Keefe, Thomas Andrew. 2018. *Bush II, Obama, and the Decline of U.S. Hegemony in the Western Hemisphere*. 1. Auflage. New York, NY: Routledge. DOI: 10.4324/9781315113197.

Organski, Abramo F. K. 1958. *World Politics*. Borzoi books in political science. New York, NY: Alfred A. Knopf, Inc.

Pass, Jonathan. 2019. *American Hegemony in the 21st Century: A Neo Neo-Gramscian Perspective*. Routledge Advances in International Relations and Global Politics. Abingdon-on-Thames: Routledge.

Posen, R. Barry. 2003. „Command of the Commons: The Military Foundation of U.S. Hegemony.” *International Security* 28 (1): 5–46. DOI: 10.1162/016228803322427965.

Reus-Smit, Christian. 2004. *American power and world order*. 1. Auflage. Cambridge: Polity Press. DOI: 10.1017/S0008423906459989.

Rose, Jürgen. 1996. „Präventive Verteidigung oder Globale Hegemonie? Anmerkungen Zur Aktuellen Außen- Und Sicherheitspolitischen Strategie Der USA.” *Sicherheit Und Frieden (S+F) / Security and Peace* 14 (4): 231–235. <https://www.jstor.org/stable/24230702>.

Rudolf, Peter. 2016. *Liberale Hegemonie und Außenpolitik unter Barack Obama*. SWP-Aktuell, 56/2016. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47924-0>.

Santa-Cruz, Arturo. 2019. *US Hegemony and the Americas: Power and Economic Statecraft in International Relations*. 1. Auflage. New York, NY: Routledge. DOI: 10.4324/9781351211222

Smith, Steve. 2002. „The End of the Unipolar Moment? September 11 and the Future of World Order.” *International Relations* 16 (2): 171–183. DOI: 10.1177/0047117802016002001.

Tammen, Ronald L., Jacek Kugler, und Douglas Lemke. 2017. *Foundations of Power Transition Theory*. Oxford: Oxford Research Encyclopedia of Politics.

Todd, Emmanuel. 2003. *Weltmacht USA: Ein Nachruf*. München: Piper Verlag GmbH.

Triepel, Heinrich. 1938. *Die Hegemonie. Ein Buch von den führenden Staaten*. Stuttgart ; Berlin: Kohlhammer Verlag.

Wallerstein, Immanuel. 2002. „The Eagle Has Crash Landed.” *Foreign Policy*, 131. <https://www.proquest.com/openview/2cd949947dc91c22716bdea4c6fa341e/1?pq-origsite=gscholar&cbl=47510>.

Wallerstein, Immanuel. 2007. „Precipitate decline: The advent of multipolarity.” *Harvard International Review* 29 (1): 50–55. <https://iwallerstein.com/wp-content/uploads/docs/HARVIR7!.PDF>.

Walt, Stephen M. 2011. „The end of the American Era.” *National Interest* 116: 6–16. <https://www.jstor.org/stable/42896410>.

Wohlforth, William C. 1999. „The Stability of a Unipolar World.” *International Security* 24 (1): 5–41. <https://www.jstor.org/stable/2539346>.

Zurcher, Anthony. 2021. „Afghanistan: Joe Biden defends US pull-out as Taliban claim victory”. *BBC News*, 1. September 2021. <https://www.bbc.com/news/world-asia-58403735>.